KANTON
LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom	11. Mai 2026
Kantonsratspräsidentin	Widmer Reichlin Gisela

B 80 Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl; Botschaft und Entwurf Dekret über einen Sonderkredit / Finanzdepartement

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsidentin Laura Spring.

Laura Spring: An der Kantonsschule Reussbühl ist die Kapazitätsgrenze erreicht beziehungsweise überschritten. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Kantonsschule Reussbühl nimmt seit Jahren zu und damit auch der Raumbedarf. Mit einem Neubau und Rochaden im bestehenden Hauptbau soll die Kantonsschule mehr Raum für die zukünftige Entwicklung erhalten. An der Kantonsschule Reussbühl werden aktuell rund 800 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Angegliedert ist die eigenständig geführte Abteilung der Maturitätsschule für Erwachsene mit rund 200 Studierenden und 30 Lehrpersonen. Der zusätzliche Raumbedarf wurde der VBK bereits beim Projektierungskredit ausführlich dargelegt, dazumal auch hier im Rat durch einen Mitbericht der EBKK. Bei der Information zur Botschaft war daher auch der Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann anwesend, um offene Frage der Nutzerseite zu klären. Am 22. April 2026 fand die Beratung der Vorlage in der Kommission statt. Die VBK beurteilt die Erweiterung als notwendig und sinnvoll. Das Projekt ist ein Beitrag für die ganze kantonale Bildungsstruktur. So wird nötiger Schulraum geschaffen und die Lärmsituation verbessert. Das Projekt erlaubt eine bessere Organisation des Schulbetriebs, was sich auf die Qualität positiv auswirkt. Die Kommission beurteilt die Kostenentwicklung und die Verkehrssituation kritisch. Gegenüber dem ursprünglichen Projekt erhöhen sich die Kosten deutlich. Die Mehrheit der VBK kann die Kostensteigerungen aufgrund der vorgesehenen Standards nachvollziehen und verweist auf die Diskussionen im Rahmen des Planungskredits. Eine Photovoltaikanlage (PV-Anlage) ist mittlerweile eine normale und nötige Investition für eine solche Schule. Eine Minderheit erachtet das Projekt als überrissen und verweist auf das Projekt der Kantonsschule Sursee, wo die Kostensteigerung deutlich tiefer ausgefallen ist. Die VBK erwartet, dass die Verkehrssituation noch einmal überprüft wird. Neben der Kantonsschule gibt es auch einen Kindergarten in der Nähe. Der Sicherheit des Fuss- und Veloverkehrs ist deshalb grosse Beachtung zu schenken. Formal musste die VBK noch eine Korrektur anbringen: Es wurde festgestellt, dass die bereits bewilligten Kosten des Projektierungskredits von 5,1 Millionen Franken im Sonderkredit von 86,5 Millionen Franken für die Kantonsschule Reussbühl nochmals eingerechnet wurden. Der noch zu bewilligende Sonderkredit beträgt damit nur 81,4 Millionen Franken. An den Gesamtkosten von 86,5 Millionen Franken ändert sich jedoch nichts. Das Finanzdepartement hat daher den Antrag gestellt, bei Beschlussziffer 2 den Betrag auf 81,4 Millionen Franken zu korrigieren. Diesem Antrag hat die VBK mit 11 zu 2 Stimmen zugestimmt. Weitere Anträge

wurden in der Kommission keine gestellt. Bei der Schlussabstimmung wurde der Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl mit 11 zu 2 Stimmen zugestimmt. Ein grosser Dank an dieser Stelle an alle Personen, die im Bildungsbereich arbeiten: Sie leisten eine nicht quantifizierbar wertvolle Arbeit für unsere Kinder und Jugendlichen und damit für die ganze Gesellschaft.

Für die Mitte-Fraktion spricht Manuela Jost-Schmidiger.

Manuela Jost-Schmidiger: Die Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl wurde in der VBK eingehend beraten. Die Diskussionen waren sachlich und differenziert. Unsere Fragen konnten dabei beantwortet werden. Der Bedarf für zusätzlichen Schulraum ist ausgewiesen. Die Schülerzahlen entwickeln sich steigend und die Anforderungen an einen zeitgemässen Schulbetrieb nehmen zu. Mit der Erweiterung schaffen wir bessere Rahmenbedingungen für die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen. Die Vorlage ermöglicht eine sinnvollere Organisation des Schulbetriebs, verbessert die heutigen Lernbedingungen und trägt zudem zu einer Entlastung der Lärmsituation bei. Wichtig für uns in der Kommission war insbesondere auch die Frage der kantonalen Gesamtbetrachtung. Es besteht keine Absicht, mit dieser Erweiterung andere Kantonsschulstandorte zu schwächen oder eine Verschiebung innerhalb der kantonalen Bildungslandschaft auszulösen. Die Erweiterung der Kantonsschule Reussbühl hat keine negativen Auswirkungen auf andere Standorte im Kanton. Das ist ein zentraler Punkt. Positiv beurteilen wir zudem, dass mit dem Projekt nicht einfach kurzfristig zusätzlicher Raum geschaffen, sondern eine langfristige und funktionale Lösung angestrebt wird. Gerade bei öffentlichen Bauten braucht es Weitblick. Wir bauen für kommende Generationen. Die Kosten und die Kostenentwicklung wurden in der Kommission intensiv diskutiert. Die Investitionssumme ist hoch, und selbstverständlich müssen wir mit öffentlichen Geldern sorgfältig umgehen. Die Mehrheit der Kommission konnte nachvollziehen, weshalb sich die Kosten gegenüber früheren Planungen erhöht haben und nicht mit dem Projekt der Kantonsschule Sursee verglichen werden können. Gleichzeitig erwarten wir bei der Umsetzung eine konsequente Kostenkontrolle, ein transparentes Controlling und die Einhaltung des Kredits. Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Verkehrssituation rund um die Schule. Neben der Kantonsschule befinden sich weitere sensible Nutzungen in der Umgebung, insbesondere auch ein Kindergarten. Deshalb ist es wichtig, dass der Sicherheit des Fuss- und Veloverkehrs grosse Aufmerksamkeit geschenkt wird. Positiv würdigen wir auch die vorgesehenen Massnahmen im Bereich Energie und Nachhaltigkeit. Entscheidend wird sein, dass energetische Standards mit Augenmass und mit Blick auf die gesamte Lebensdauer des Gebäudes umgesetzt werden. Für die Mitte ist klar: Bildung ist eine Investition in die Zukunft unseres Kantons. Diese Investition muss aber verantwortungsvoll, nachhaltig und mit einer gesamtheitlichen Sicht erfolgen. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und wird der Vorlage zustimmen. In der Konsequenz werden wir die Anträge der SVP-Fraktion auf Rückweisung und auf Ablehnung nicht unterstützen.

Für die SVP-Fraktion spricht Bernhard Steiner.

Bernhard Steiner: Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und weist sie zur Überarbeitung zurück. Sollte der Rückweisungsantrag keine Mehrheit finden, werden wir die Vorlage in der Schlussabstimmung ablehnen. Es bestreitet niemand, dass an der Kantonsschule Reussbühl Handlungsbedarf besteht. Die Schule stösst seit Jahren an ihre Grenzen, und der Kanton will sie auf 59 Klassen oder rund 1200 Lernende ausbauen. Vorgesehen sind ein Neubau mit Dreifachturnhalle, zusätzliche Schulräume, Lernlandschaften, ein Mehrzweckraum sowie Anpassungen im Bestand. Genau hier liegt aber der Kern unserer Kritik: Aus einer notwendigen Erweiterung ist ein Projekt geworden, das finanziell weit über das Ziel hinausschiesst. Ein Vergleich mit Sursee ist politisch berechtigt. Beide Schulen

bewegen sich künftig in einer sehr ähnlichen Grössenordnung: Sursee bei 61 Klassen und rund 1200 Lernenden, Reussbühl bei 59 Klassen und rund 1200 Lernenden. Trotzdem kostet Sursee deutlich weniger. Besonders stossend ist die Kostenentwicklung der letzten Jahre. Im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2023–2026 waren für Reussbühl noch rund 48 Millionen Franken eingestellt. Im AFP 2025–2028 sind es bereits rund 83,1 Millionen Franken, was einem Anstieg von rund 73 Prozent entspricht. Bei der Kantonsschule Sursee stieg der entsprechende Wert in derselben Vergleichsperiode von 57,7 auf 69,5 Millionen Franken, also nur um rund 20,5 Prozent. Wer diese beiden Entwicklungen nebeneinanderlegt, erkennt sofort: Reussbühl ist nicht bloss teuer, Reussbühl ist im kantonalen Vergleich auffällig teuer. Natürlich sind die Projekte nicht in jedem Detail identisch. Aber der Vergleich der Kostensteigerung zeigt sehr wohl, dass moderne und leistungsfähige Schulbauten auch mit deutlich mehr Kostenbewusstsein geplant werden können. Die Regierung hat zur Plausibilisierung der Baukosten ein entsprechendes Vergleichsobjekt aus der Baukostendatenbank der Konferenz der Kantonsbaumeister und Kantonsarchitekten herangezogen. Das Vergleichsprojekt liegt in einer Innenstadt und zeigt sehr ähnliche Kubaturen und Nutzflächen. Anders als die Regierung kommt die SVP-Fraktion zum Schluss, dass ein Vergleich der beiden Bauten zeigt, dass die Kosten beim Reussbühler Bauprojekt deutlich zu hoch ausfallen. So betragen die Kosten für die Hauptnutzungsfläche im Vergleichsobjekt rund 6867 Franken pro m^2, in Reussbühl aber 7533 Franken pro m^2, was somit Mehrkosten von rund 16 Prozent entspricht. Bezogen auf die Gesamtkosten von 86,3 Millionen würde dies immerhin noch einem Einsparpotenzial von 14 Millionen Franken entsprechen. Die Wahl der Baumaterialien, die kostspielige und energieeffiziente Bauweise, die überhohen Raumhöhen und weitläufige Lernlandschaften haben ein entsprechendes Preisschild, das die SVP nicht zu zahlen bereit ist. Für uns ist deshalb klar: Gute Bildung ja, aber ohne architektonisches oder klimaideologisches Wunschkonzert. Wir wollen zusätzlichen Schulraum, wir wollen eine funktionierende Infrastruktur und wir wollen vernünftige Rahmenbedingungen für Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen. Was wir nicht wollen, ist ein Projekt, das sich im Namen der Modernität immer weiter aufbläht und den Steuerzahler mit einem überrissenen Sonderkredit belastet. Wenn der Regierungsrat dieses Projekt durchbringen will, dann muss er schlanker, zweckmässiger und finanziell glaubwürdiger planen. In der vorliegenden Form weisen wir die Botschaft zur Überarbeitung zurück und falls der Rückweisungsantrag abgelehnt wird, werden wir die Botschaft ablehnen.

Für die FDP-Fraktion spricht Martin Birrer.

Martin Birrer: 1200 Schüler oder 59 Klassen werden nach der Erweiterung die Kantonsschule Reussbühl besuchen. Bildung, die uns eine grosse Stange Geld kostet – Bildung, die aber ein Kernelement unserer Gesellschaft bildet. 81 Millionen Franken hoch ist das Dekret, das ist hoch. Dieser Betrag ist mit anderen Referenzobjekten zu vergleichen. Hier sind wir anderer Meinung als die SVP. Wir können feststellen, dass die Summe im Quadratmetervergleich durchaus plausibel und realistisch ist. Aufgrund der neuen Sporthalle fallen die Kubaturpreise logischerweise höher aus. Somit wird der Vergleich mit der Kantonsschule Sursee obsolet, denn in Sursee wurde keine Dreifachturnhalle gebaut. Die Kosten sind hoch, sie entsprechen aber auch den Vorgaben unseres Rates in Sachen Baustandards und ökologische Auflagen. Mit der Erweiterung werden ausserdem die angrenzenden Schulen wie zum Beispiel die Kantonsschule Alpenquai entlastet und es können Schüler nach Reussbühl verlagert werden. Von der Erweiterung der Sportanlagen können zudem auch die ortsansässigen Vereine profitieren, was noch nicht erwähnt wurde. Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, lehnt den Rückweisungsantrag der SVP ab und stimmt dem Dekret zu.

Für die SP-Fraktion spricht Sarah Bühler-Häfliger.

Sarah Bühler-Häfliger: Die Kantonsschule Reussbühl ist heute mit rund 800 Schülerinnen und Schülern sowie 200 Studierenden der Maturitätsschule für Erwachsene die drittgrösste Kantonsschule in unserem Kanton. Das Hauptgebäude aus dem Jahr 1970 war ursprünglich für lediglich 500 Lernende konzipiert. Angesichts der Prognosen, die bis 2030 mit 1200 Schülerinnen und Schülern rechnen, ist der Handlungsbedarf für uns unbestritten. Die SP-Fraktion unterstützt das vorliegende Projekt zur Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule und wird auf das Dekret über den Sonderkredit eintreten. Den Rückweisungs- und den Ablehnungsantrag lehnen wir ab. Wir begrüssen insbesondere die weitsichtige Planung: Der autonome Neubau schafft nicht nur Raum für 18 zusätzliche Klassen und drei dringend benötigte Sporthallen, sondern ist so konzipiert, dass er bei künftigem Bedarf problemlos aufgestockt oder durch einen identischen Bau ergänzt werden kann. Folgende Punkte sind für uns besonders hervorzuheben: Es sind vorbildliche ökologische Standards geplant: Dass das Projekt die Standards Minergie A Eco und SNBS Gold anstrebt, begrüssen wir sehr. Erfreulich sind die geplante PV-Anlage auf dem Flachdach, der Anschluss an die Fernwärme sowie die Nutzung hybrider Tragstrukturen zur Reduktion von grauer Energie und CO_2-Emissionen. Es wird ein Fokus auf den Hitzeschutz gelegt: Die geplanten Massnahmen wie die umlaufenden Balkone zur Beschattung und Schutz der Fassade, schattenspendende Bäume und die Berücksichtigung von Windströmen zeigen, dass hier ein moderner, klimafreundlicher Campus entsteht. Die Finanzierung des Projekts ist plausibel: Trotz der Kostensteigerung, die bedingt ist durch die Teuerung und den anspruchsvollen Baugrund, der eine Pfählung erfordert, erachten wir die Kosten im Quervergleich als realistisch und plausibel. Und weil wir ja den Planungskredit wieder abziehen können, wird es jetzt sogar weniger aufwendig als gedacht. Der Antrag der VBK ist deshalb anzunehmen. Kritik üben wir am Gewicht der Mobilitätsplanung in der Botschaft. Wenn man nämlich die Botschaft liest, so erfährt man etwas über die Anzahl der Auto-Parkplätze, weitere Verkehrsträger werden aber nicht erwähnt. Dies notabene bei einem Schulhaus und grossen kantonalen Bauprojekt, wo der Kanton Vorbildfunktion hat. Auf Nachfrage haben wir erfahren, dass ebenfalls ein überdurchschnittlich grosser Veloparkplatz geplant ist. Das Nachhaltigkeitslabel SNBS liegt im Bereich der Mobilität mit Prädikat Gold vor. Und auch ein Velo- und Fussnetzprojekt sowie eine Erweiterung der Buslinien sind in Planung in Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Verkehrsverbund Luzern (VVL). Das sind zentrale Tatsachen, gerade für ein Bauvorhaben dieser Grössenordnung. Die Mobilitätsströme müssen antizipiert und die Planung entsprechend angepasst werden. Das gehört zu einer vernetzten Denkweise dazu. Die aktuelle Zufahrtssituation jedoch auf der Vorderseite mit Tempo 50 und fehlenden Velostreifen ist gefährlich. Dort verläuft auch der Schulweg für Kindergartenkinder. Hier muss man noch einmal über die Bücher gehen und sicherstellen, dass die Verkehrssicherheit für Kinder und Jugendliche gewährleistet ist, zum Beispiel mit einem Tempo-30-Abschnitt. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass wir hier in eine nachhaltige Infrastruktur für unsere Jugend, für Erwachsene und die Vereine investieren, denn die Sportanlagen können auch durch Vereine genutzt werden. Die SP-Fraktion lehnt die beiden Anträge auf Rückweisung und Ablehnung ab. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu.

Für die Grüne Fraktion spricht Gian Waldvogel.

Gian Waldvogel: Die Grünen begrüssen die vorliegende Botschaft zur Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl und werden der Vorlage zustimmen. Der steigende Raumbedarf angesichts von wachsenden Schülerzahlen mit einer Prognose von 1200 Lernenden bis 2030 macht diese Investition von 81,4 Millionen Franken notwendig. Das Projekt ist ein klares Bekenntnis zu einer zukunftsgerichteten Bildungsinfrastruktur, welche

die ökologischen und sozialen Aspekte vorbildlich vereint und einen schonenden Umgang mit den Baulandreserven sicherstellt. Besonders hervorzuheben ist das hohe Niveau der Nachhaltigkeit, das mit diesem Projekt angestrebt wird. Der Neubau wird dem anspruchsvollen Label SNBS 2.1 Bildungsbauten Gold und Minergie A Eco gerecht. Wir freuen uns auch über die geplante grosse PV-Anlage auf den Flachdächern, die mit 470 Kilowatt mehr als doppelt so viel Strom zu produzieren wird, als die Schule selbst benötigt und somit einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leistet. Die hybride Holzbetonbauweise spart zudem graue Energie und CO_2, und die vorgesehenen Massnahmen zur Hitzeminderung, wie grüne Dächer, schattenspendende Bäume und Wasserelemente, sind vorbildlich. Ebenso hervorzuheben ist die qualitativ hochwertige Aussenraumgestaltung: Es entsteht ein vielfältig nutzbarer Ausserraum, der als Begegnungs-, Erholungs- und Lärmzone dient. Die Verpflanzung von Bäumen in einem Raster und die Integration von Biotop und Schulgärten erhöhen die Lebensqualität und die Biodiversität. Auch die grosszügige Anzahl Veloparkplätze, die mit 860 Stellplätzen über der Norm liegt, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung für eine nachhaltige Mobilität. Wir nehmen zur Kenntnis, dass weitere Projekte zur öV-Anbindung und Veloinfrastruktur bei der Stadt Luzern und dem VVL in Planung sind. Es ist auch entscheidend, die Sicherheit der Mobilität im Umfeld des Bildungsstandorts sicherzustellen. Insbesondere die sichere Veloinfrastruktur mit Velostreifen sowie Tempo 30 sind notwendig, damit die Schülerinnen und Schüler sicher an- und wieder abreisen können und natürlich auch andere Nutzende dieser Infrastruktur. Den Ablehnungs- respektive den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion können wir absolut nicht nachvollziehen. Die Argumentation, dass es doch ein wenig günstiger und ein bisschen weniger Qualität sein soll, ist wirklich sehr seltsam. Ich glaube, es ist entscheidend, dass der Kanton Luzern eine zeitgemässe, wirklich gute Bildungsinfrastruktur bietet, wo junge Menschen auf die Zukunft vorbereitet werden, in einer optimalen Umgebung und nach den neuesten Standards. Letztlich ist auch die Bildung ein entscheidender Faktor für den Kanton Luzern: Wirtschaftlich, aber natürlich auch für das Wohlergehen junger Menschen für ihr gesamtes Leben. Entsprechend ist es unverantwortlich und seltsam knauserig und auch nicht wirklich effizient, hier jetzt zurückweisen und im Bildungsbereich sparen zu wollen. Die Grüne Fraktion ist für Eintreten, lehnt den Rückweisungsantrag ab und stimmt der Vorlage zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Franziska Rölli.

Franziska Rölli: Der steigende Schulraumbedarf an der Kantonsschule Reussbühl ist mit dem aktuellen Angebot der Option Langzeitgymnasium im Kanton Luzern und dem Bevölkerungswachstum in der Gegend gegeben. Die steigende Maturitätsquote im Einzugsgebiet, die ebenfalls als Grund für den steigenden Raumbedarf aufgeführt wird, nehmen wir zur Kenntnis. Sie soll jedoch nicht zusätzlich gefördert werden. Der erhöhte Schulraumbedarf kann nicht durch die Erhöhung der Belegung der Zimmer aufgefangen werden, da diese bereits voll ausgelastet sind. In der Konsequenz des Ergänzungsbaus ist auch die Notwendigkeit für den Umbau gewisser Räume zur Zusammenführung von Fachschaften in den bestehenden Gebäuden gegeben. Das vorliegende Projekt schafft zeitgemässe Schulräume in einem Ergänzungsbau, der sich gut in die Schulabläufe integrieren lässt. Die angewandte hybride Holz-Beton-Konstruktion mit einem festgelegten Grundraster ermöglicht eine grosse Flexibilität in der Anordnung der Räume. So können die Räume in Zukunft und wenn nötig mit verhältnismässig kleinem Aufwand an neue Anforderungen angepasst werden. Zudem wurde der Ergänzungsbau im Vergleich zum Vorprojekt näher an die bestehenden Bauten gerückt, was Platz schafft für einen weiteren Ergänzungsbau, sollte das nötig sein. Erfreulicherweise plant der Kanton Luzern inzwischen standardmässig auf geeigneten Flächen PV-Anlagen ein und reduziert womöglich den

Energieverbrauch des Gebäudes, so auch hier. Positiv hervorheben möchten wir, dass Erkenntnisse aus der Klimaadaption ins Projekt eingeflossen sind und sowohl das Potenzial durch vorbeiströmende Winde wie auch durch wasserdurchlässige Böden genutzt wird. Auch aus Sicht der Grünliberalen muss jedoch beim Thema Erschliessung noch nachgebessert werden, insbesondere für die Velofahrenden. Da das Projekt in Sursee keine Dreifachturnhalle enthält, ist ein Vergleich der beiden Projekte leider nur sehr bedingt möglich. Das in der Botschaft aufgeführte Vergleichsprojekt zeigt auf, dass sich die veranschlagten Kosten auf einem marktüblichen Niveau bewegen. Wir werden auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Folglich werden wir den Rückweisungs- sowie den Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion ablehnen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Für die notwendige räumliche Entwicklung der Kantonsschule Reussbühl ist ein Neubau unumgänglich. Dabei ist es uns wichtig festzuhalten, dass damit keine Erhöhung der Gymnasialquote einhergeht. Ebenfalls nicht beabsichtigt ist, Lernende von einem anderen Standort nach Reussbühl zu verschieben. Die Anliegen aus der Kommission bezüglich des Verkehrs haben wir aufgenommen. Wir konnten gut aufzeigen, dass einiges getan wurde. Die noch offenen Fragen nehmen wir gerne auf, ich denke dabei an die Verlängerung der Tempo-30-Zone. Gerne äussere ich mich zu den Kosten. Ja, es ist richtig, dass die Kosten gestiegen sind. Es ist aber auch richtig, dass die Anforderungen, die dieser Rat in den letzten Jahren immer wieder diskutiert, definiert und erhöht hat, nicht spurlos an den Kosten vorbeigehen, sondern sich hier deutlich zeigen. Nicht angebracht scheint mir ein Vergleich mit Sursee. Einerseits aufgrund der dort nicht erforderlichen Dreifachturnhalle. In Sursee mieten wir zahlreiche Sporträume von der Stadt Sursee. Andererseits ist es so, dass die erforderliche Umgestaltung der Aussenflächen bei der Kantonsschule Reussbühl in einem ganz anderen Mass erforderlich ist als in Sursee. Sursee ist eigentlich die 2. Etappe eines Wettbewerbs, der vor einigen Jahren bereits mit der 1. Etappe umgesetzt wurde. Da verhält sich die Situation natürlich anders. Ich glaube, mit dem beigezogenen Vergleichsobjekt, das vergleichbare Anforderungen erfüllt, konnten wir gut aufzeigen, dass die Kostensituation in Reussbühl durchaus realistisch ist. Ich bitte Sie, dem Sonderkredit zuzustimmen und die beiden anderslautenden Anträge abzulehnen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Bernhard Steiner: Rückweisung der Botschaft.

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsidentin Laura Spring.

Laura Spring: Dieser Antrag lag der VBK nicht vor.

Bernhard Steiner: Im Rahmen der Beratung des Projektierungskredits im Mai 2024 haben wir die Regierung und die ausführenden Planer aufgefordert, das Wünschbare auf das Sinnvolle und das Realistische zu reduzieren, um die Baukosten zu senken, und dass die SVP den Realisierungskredit sonst ablehnen wird. Auch die Fraktionssprecher der Mitte- und der FDP-Fraktion haben die damals geschätzten Projektkosten als zu hoch kritisiert und eine Reduktion gefordert. Mit der Zustimmung zum Planungskredit haben wir klar die Forderung verbunden, die Baukosten massiv zu reduzieren. Da die Gesamtkosten nun sogar höher ausgefallen sind, weisen wir die Vorlage konsequenterweise zur Überarbeitung zurück mit dem klaren Auftrag, die Gesamtkosten wesentlich zu reduzieren. Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung.

Der Rat lehnt den Antrag mit 87 zu 26 Stimmen ab.

Antrag VBK zu Ziffer 2: Der Sonderkredit von 81 400 000 Franken (Preisstand 1. April 2025) wird bewilligt.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 87 zu 25 Stimmen zu.

Antrag Bernhard Steiner: Ablehnung der Botschaft.

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsidentin Laura Spring.

Laura Spring: Dieser Antrag lag der VBK vor und wurde mit 11 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Der Rat lehnt den Antrag mit 87 zu 25 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für die Erweiterung und die Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 88 zu 25 Stimmen zu.